



Bundes- tags- brief



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Nr.67 • Die Woche im Bundestag • 29.01.2010

Wir werden Deutschlands Wirtschaftskraft erneuern:

In dieser Woche stellt uns die Bundesregierung den Jahreswirtschaftsbericht vor. Er bietet eine schonungslose Analyse der wirtschaftlichen Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, zeigt aber auch die getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen auf, um der Krise wirksam zu begegnen.

Mit minus 5 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr so stark geschrumpft wie noch nie in der Nachkriegsgeschichte. Zwar ist seit dem zweiten Halbjahr 2009 wieder ein moderates Wachstum zu verzeichnen, ein kräftiger und selbsttragender Aufschwung ist jedoch noch nicht in Sicht.

Die Wirtschaftspolitik steht in dieser Situation vor drei zentralen Aufgaben: Sie muss kurzfristig die Wirtschaft weiter stabilisieren, mittelfristig die Wachstumschancen erweitern und in den nächsten Jahren die strukturellen Konsolidierungsaufgaben für die öffentlichen Haushalte bewältigen. Dafür liefert der Koalitionsvertrag die Orientierung.

Dem ersten dieser Ziele dienen die im Wachstumsbeschleunigungspaket beschlossenen Entlastungsmaßnahmen für Bürger und Unternehmen, die Kaufkraft und Investitionsmöglichkeiten zu stärken. Im Rahmen der geplanten Steuerreform werden wir insbesondere die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen entlasten.

Parallel zu den Entlastungen werden wir mit strukturellen Reformen die längerfristigen Wachstumsspielräume erweitern. Dies betrifft vor allem die Investitionen in Bildung, Qualifizierung und Zukunftstechnologien.

Die christlich-liberale Bundesregierung bekennt sich zur Schuldenbremse des Grundgesetzes. Um auch langfristig politisch handlungsfähig zu sein, müssen wir den Staatshaushalt sanieren und das strukturelle Defizit abbauen. Das wird uns am besten durch einen konsequenten Wachstumskurs bei gleichzeitig engagierter Konsolidierungspolitik gelingen.

Afghanistan – Übergabe in Verantwortung:

In dieser Woche hat die internationale Afghanistan-Konferenz in London stattgefunden. Ziel war es, das internationale Engagement am Hindukusch neu zu justieren. Dafür müssen die Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft noch einmal erhöht und mit der afghanischen Regierung die Ziele für die kommenden Monate neu vereinbart werden.

Wir können unser Ziel nur erreichen, wenn der afghanische Staat zunehmend selbst für seine Sicherheit sorgen kann. Dazu ist es notwendig, unsere Leistung bei der Ausbildung von afghanischem Sicherheitspersonal noch einmal zu erhöhen. Sicherheit muss zunehmend ein afghanisches Gesicht bekommen. Wenn aber zusätzliches deutsches Personal für die Ausbildung bereit stehen soll, ist es selbstverständlich, dass auch mehr geleistet werden muss, um sie wirksam zu schützen. Aus diesem Grund werden wir in Folge der Konferenz die Mandatsobergrenze noch einmal anheben.

Am Mittwoch war der afghanische Präsident Hamid Karzai zu Gast in Berlin. Neben einem Treffen mit der Bundesregierung hat er auch den Auswärtigen Ausschuss besucht. Dort haben wir die Gelegenheit genutzt, mit ihm zu beraten, wie Fortschritte bei der Sicherheitslage und der Regierungsführung zu erreichen sind. Außerdem

haben wir darauf gedrungen, dass der Kampf gegen die Korruption zu einem vordringlichen Ziel wird. Besonders mit Blick auf die in diesem Jahr stattfindenden Parlamentswahlen ist es wichtig, die Strukturen von Regierung und Verwaltung zu verbessern. Die Akzeptanz des afghanischen Staates hängt entscheidend von einer verbesserten Sicherheitslage und von einer funktionierenden Regierung ab.

Um unsere Strategie „Übergabe in Verantwortung“ erfolgreich umsetzen zu können, ist es zudem notwendig, dass auch in der politischen Diskussion hier in Deutschland die richtigen Signale gesendet werden. Unser Einsatz darf nicht durch populistische Forderungen gefährdet werden. So ist es zwar richtig, den Beginn der Übergabe von Verantwortung anzukündigen. Auf diese Weise entsteht auch für die afghanische Seite Planbarkeit und ein gewisser Druck, zügig die eigene Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Aber auch dort, wo Afghanen die Verantwortung für ihre Sicherheit übernehmen, wird noch für einige Zeit Unterstützung und Nachsorge durch die internationale Staatengemeinschaft notwendig bleiben.

In den kommenden Monaten werden wir unser Engagement in Afghanistan noch einmal verstärken. Wer die Perspektive der „Übergabe in Verantwortung“ glaubhaft unterstützt, ist aufgefordert, sich mit konkreten Vorschlägen an der Diskussion zu beteiligen. Aus populistischen Gründen allein über einen Abzug zu reden und sich einer Anpassung der Mandatsobergrenze zu verschließen, ist in dieser Situation unverantwortlich.

Erinnerung an den Holocaust wach halten:

Die Vernichtung der europäischen Juden, die mehr als sechs Millionen Menschen das Leben kostete, ist der schlimmste Massenmord in der Geschichte. Innerhalb weniger Jahre wurde die jahrhundertalte Tradition jüdischen Lebens in Europa zerstört. Der Holocaust ist das dunkelste Kapitel unserer Geschichte. Der millionenfache Völkermord verpflichtet uns: Wir müssen die Erinnerung daran wach halten, damit sich derartiges nie wiederholen kann.

Aus Anlass des 65. Jahrestags der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 haben wir am vergangenen Mittwoch im Plenum eine Gedenkveranstaltung abgehalten,

bei der auch der israelische Präsident Shimon Peres bewegende Worte sprach. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekennt sich zur historischen Verantwortung Deutschlands. Das Andenken der Ermordeten mahnt uns zur Wachsamkeit gegen Diskriminierung und gegen alle Versuche, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu unterminieren. Politischer Extremismus darf in Deutschland nie wieder eine Chance bekommen.

Familienfreundlichkeit in Deutschland deutlich erhöht:

Innerhalb von fünf Jahren hat Deutschland seine Familienfreundlichkeit so stark verbessert wie kein anderes europäisches Land mit Ausnahme von Finnland. Im internationalen Vergleich belegt es bereits heute einen Spitzenplatz bei der finanziellen Unterstützung von Eltern. Auch bei der Vermeidung von Familienarmut ist das deutsche System wesentlich erfolgreicher als die meisten anderen. Lediglich 10 Prozent der Eltern mit einem Kind hatten 2007 weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Einkommens zur Verfügung.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

Zahl der Empfänger staatlicher Hilfe zurückgegangen:

Die Zahl der Personen, die auf Hilfe des Staates angewiesen sind, ist zurückgegangen. Zum Jahresende 2008 betrug die Zahl der Leistungsempfänger 7,6 Millionen, 5,1 Prozent weniger als im Vorjahr.

Den größten Anteil daran bilden mit 6,6 Millionen die Bezieher von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld. Die klassische Sozialhilfe erhielten etwa 860 000 Personen, das waren 4,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Weitere 128 000 Personen bezogen zudem Asylbewerberleistungen in Höhe von 800 Millionen Euro. 46 000 Empfänger erhielten von der Kriegsopferfürsorge Zuwendungen in Höhe von 500 Millionen Euro. Diese beiden Gruppen sind stark geschrumpft: Die Zahl der Asylbewerber sank um fast 17 Prozent, die der Empfänger von Kriegsopferfürsorge sogar um knapp 23 Prozent.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)